

Pressemitteilung

Berlin, 4. Juli 2022

**Geschäftsstelle des
Sachverständigenrats für
Verbraucherfragen**

ANSPRECHPARTNER: Dr. Christian Groß
POSTANSCHRIFT: Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz
11017 Berlin
TEL: +49 (30) 18 305 – 7273
E-MAIL: christian.gross@bmu.bund.de

Von einer fairen CO₂-Bepreisung profitieren das Klima und Verbraucher*innen

Der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV) übergibt am 4. Juli 2022 eine Studie mit Empfehlungen für eine faire Ausgestaltung der CO₂-Bepreisung an das Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV) – von 12 bis 13:30 Uhr vor Ort im BMUV (Stresemannstr. 128-130, 10117 Berlin) sowie per Livestream auf [bmu.de/livestream](https://www.bmu.de/livestream).

Die Bundesregierung stellt den Klimaschutz an die Spitze der Prioritäten der laufenden Legislaturperiode. Daran hat auch der Krieg in der Ukraine nichts geändert – im Gegenteil: Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist jetzt noch dringlicher als zuvor. Als Leitinstrument der deutschen Klimapolitik kann die CO₂-Bepreisung, wenn sie konsequent weiterentwickelt und im Sinne der Verbraucher*innen ausgestaltet wird, einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten.

In der Studie „Eine faire CO₂-Bepreisung macht es Verbraucher*innen leicht, sich klimafreundlich zu entscheiden“ empfehlen die federführenden Autor*innen, SVRV-Mitglieder Professorin Veronika Grimm und Professor Gert G. Wagner, unter anderem eine möglichst umfangreiche Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Verbraucher*innen. Für Menschen aus den unteren Einkommensgruppen wäre dadurch eine Netto-Entlastung möglich, was die Akzeptanz der CO₂-Bepreisung als Instrument des Klimaschutzes deutlich erhöhen dürfte.

Um die Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung langfristig verlässlich institutionell zu verankern, sollte die Rückverteilung innerhalb des künftigen „Klima- und Transformationsfonds“ erfolgen. Dabei sollte eine möglichst unbürokratische Rückverteilung realisiert werden. Nach den Ergebnissen der Studie könnten mit einem entsprechend ausgestalteten „Klimageld“ Verbraucher*innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen finanziell vollständig von der CO₂-Bepreisung

entlastet werden. Dadurch könnten soziale Härten abgefedert werden könnten – diese Möglichkeit sollte glaubhaft an Verbraucher*innen kommuniziert werden (wozu die institutionelle Verankerung beiträgt), um ihnen Sorgen vor einer zunehmenden finanziellen Belastung durch die CO₂-Bepreisung zu nehmen.

Die Autor*innen betonen, dass die Verantwortung für den Klimaschutz nicht auf Verbraucher*innen abgewälzt werden darf. Die Befragungsergebnisse der Studie zeigen: Zwar schätzen sich neun von zehn befragten Personen selbst als umweltbewusste Verbraucher*innen ein und eine knappe Mehrheit zeigt sich offen für die CO₂-Bepreisung. Allerdings wissen die Allermeisten gar nicht, wie groß ihr eigener CO₂-Fußabdruck tatsächlich ist und fast ein Sechstel möchte ihn ausdrücklich nicht erfahren. Solange es nicht ausreichend nachhaltige Angebote auf dem Markt gibt, müssen sich Verbraucher*innen zudem – sofern sie das überhaupt wollen – mit einer kaum zu bewältigen Menge an Ökosiegeln und anderen Informationsangeboten auseinandersetzen, um klimafreundlich zu konsumieren. Oft ist daher nicht klar, welche Entscheidungen tatsächlich am besten geeignet sind, um umfangreich Emissionen zu reduzieren.

Eine fair ausgestaltete CO₂-Bepreisung würde hier helfen: Der Preis, der bei der Wahl fast aller Produkte und Dienstleistungen für viele Verbraucher*innen ein wichtiges Entscheidungskriterium darstellt, führt mit sukzessive steigendem Preis pro Tonne CO₂ automatisch zum Ausweichen auf nachhaltige Alternativen. Zudem steigt aufgrund der Anreize für die Unternehmen gleichzeitig das Angebot wenig emissionsintensiver Produkte.

O-Ton Prof. Veronika Grimm, SVRV-Mitglied und Mit-Autorin der Studie:

*„Die CO₂-Bepreisung macht es den Verbraucher*innen einfach, sich klimafreundlich zu entscheiden und stellt gleichzeitig sicher, dass auch immer mehr emissionsarme Produkte angeboten werden. Was immer noch nicht deutlich genug kommuniziert wird: Man kann durch die Rückverteilung der Einnahmen sicherstellen, dass die Verbraucher*innen aus unteren und mittleren Einkommensgruppen netto entlastet werden. Das sollte unbedingt so umgesetzt und vor allem auch deutlich kommuniziert werden – dann haben wir ein Instrument, das hohe Akzeptanz erfahren kann und für effektiven und effizienten Klimaschutz sorgt.“*

O-Ton Prof. Gert G. Wagner, SVRV-Mitglied mit Mit-Autor der Studie:

*„Langfristig ist natürlich nichts sicher auf dieser Welt. Aber man kann institutionelle Vorkehrungen treffen, damit eine sozial ausgewogene Rückverteilung der Einnahmen, die der Staat durch die CO₂-Bepreisung generiert, auf die Verbraucher*innen langfristig möglichst gut gesichert ist. Die Rückverteilung als eine der Aufgaben im kommenden „Klima- und Transformationsfonds“ zu verankern, wäre eine gute Möglichkeit der nachhaltigen Absicherung der Rückverteilung.“*

Datengrundlage der Studie:

Die Ergebnisse der Studie basieren auf einer repräsentativen Telefonbefragung (CATI) u. a. zu Umweltwissen und Umweltverhalten, welche im Herbst 2020 mit rund 1.100 Befragten von infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft durchgeführt wurde. Aktuelle Daten zur Akzeptanz der CO₂-Bepreisung im April 2022 stammen aus der Online-Befragung COMPASS von infratest dimap mit rund 2.000 Befragten.